

Der Euro in der Krise

Eine Währung ohne Regeln

Jede Währung braucht einen stabilen Ordnungsrahmen mit verbindlichen Regeln. Im Falle des Euro sind diese Regeln sukzessive ausser Kraft gesetzt worden. Das rächt sich nun in Griechenland.

von Thomas Fuster 27.6.2015



Steht die Glaubwürdigkeit des Euro auf dem Spiel?
(Bild: Alkis Konstantinidis / Reuters)

allzu viel Gewicht beizumessen, sondern auf eine weitere Verschleppung dringend nötiger Massnahmen zu setzen. Mit Milliarden europäischer Steuer- und Zentralbankgelder hat man sich in Griechenland viel teure Zeit erkaufte, ohne dass diese für eine tiefgreifende Remedur genutzt wurde.

Dass in der Griechenland-Saga kaum mehr jemand an offizielle Beteuerungen glauben mag, ist zwar primär der Unredlichkeit diverser Athener Regierungen geschuldet. Der Sündenfall im Umgang mit den Euro-Regeln fand aber nicht an der sudstlichen Flanke des alten Kontinents statt. Es waren vielmehr die Kernstaaten Deutschland und Frankreich, die 2003 dafür verantwortlich waren. Die beiden Nachbarn missachteten damals Geist und Buchstaben des Maastricht-Vertrags, indem sie sich selbstherrlich über die Defizitgrenze hinwegsetzten und eine Sonderbehandlung erzwangen. Die Signalwirkung dieses Regelverstosses, der nie sanktioniert wurde, war fatal: Der Stabilitäts- und Wachstumspakt liess sich in der Folge kaum noch durchsetzen, auch nicht vom vermeintlichen Musterschüler Deutschland. Es setzte sich die Überzeugung durch, dass der Pakt nicht in Stein gemeisselt, sondern flexibel verhandelbar ist.

Dem deutsch-französischen Dambruch folgten in der Finanzkrise weitere Regelverletzungen. Zuerst wurde die Klausel, wonach die EU und ihre Mitgliedstaaten nicht für Verbindlichkeiten anderer Mitglieder haften (Nichtbeistandsklausel), beim Hilfsprogramm für Griechenland unkompliziert umgangen. Danach weichte man auch jene Bestimmung auf, die besagt, dass die Europäische Zentralbank (EZB) keine Staatsdefizite finanzieren darf. So zeigt sich die EZB nicht nur bereit, Schuldpapiere von Krisenstaaten notfalls in unbegrenztem Umfang aufzukaufen. Auch mit den Notkrediten für das griechische Banksystem, die teilweise zum Kauf von Staatsanleihen verwendet werden, wandert sie auf heiklem Terrain, da solche Kredite nur als Übergangshilfe für solvente Institute erlaubt sind, was in Griechenland kaum mehr der Fall ist. Längst sind die Euro-Länder zu

Kreditgebern der letzten Instanz geworden; längst ist die EZB ein Reparaturbetrieb zur fiskalischen Entlastung der Mitglieder.

An eloquenten Ausreden für die Regelverstöße fehlt es nicht: Nun gelte es grösseren Schaden abzuwenden, heisst es etwa, also sei Prinzipienreiterei fehl am Platz. Oft strapaziert wird auch der Vergleich mit der Feuerwehr, die vor dem brennenden Haus keine Grundsatzdebatte führen dürfe, sondern rasch und entschlossen handeln müsse. Die Euro-Verantwortlichen haben bei der Vernebelung ihrer juristischen Pirouetten eine irritierende Routine entwickelt. Wer sich mit diesem opportunistischen Konsens nicht anfreunden kann und etwas altmodisch daran erinnert, dass in einer rechtsstaatlichen Union die Regeln zu befolgen, die Verträge einzuhalten und die Schulden zurückzuzahlen sind, da immerhin die Glaubwürdigkeit des Euro auf dem Spiel steht, sieht sich als Dogmatiker beschimpft. Zusehends stehen nicht die Missetäter, sondern die Unbescholtenen in der Verteidigungsposition.

Der Regelverstoss als Regel

Der Euro-Raum ist zur Union ohne durchsetzbare Regeln verkommen, und dies, obschon ständig neue, noch komplexere Normen verabschiedet werden. Das Malaise zeigt sich beim Stabilitätspakt, der Leitplanken für die Finanzpolitik der Mitglieder festlegt. Der Pakt wurde ab 2011 unter dem Eindruck der Schuldenkrise zwar verschärft. Doch schon beim ersten Härtetest im März 2015 verkam er zu Makulatur: Es ging um Frankreich, wo die Defizitgrenze seit 2003 nur in zwei Jahren eingehalten wurde. Trickreich betonte die EU die Notwendigkeit einer flexiblen Handhabe des Pakts und gewährte Paris sanktionslos weitere Jahre zur Besserung. Die Nachsicht hat ihren Grund: So ist Brüssel zur Durchsetzung der Norm auf das Plazet der Mitgliedstaaten angewiesen. Doch in einer Union, in der nur zwei Länder (Estland und Luxemburg) den Pakt noch nie verletzt haben, der Regelverstoss also die Regel ist, hackt keine Krähe der anderen ein Auge aus.

Politiker brauchen Zähmung. Sie sind in institutionelle Fesseln zu legen. Tut man es nicht, ufern die Ausgaben aus und setzen sich kurzfristige Partikularinteressen gegenüber dem langfristigen Gemeinwohl durch. Die Schweiz hat diese Lektion gelernt; sie verfügt mit der Schuldenbremse über ein exzellentes Instrument zur Disziplinierung der Politik. In der Euro-Zone ist Ähnliches nur ansatzweise erkennbar. Zwar verfügt man pro forma über einen regelgebundenen Ordnungsrahmen. Es fehlt aber die Bereitschaft, die bei einem Regelverstoss definierten Konsequenzen durchzusetzen. Das Normenwerk ist zur unglaublichen Drohkulisse geworden. Hinter dieser Kulisse darf, wie auf einem Basar, munter gefeilscht und das Recht fallweise gebogen werden, je nach Gutdünken und politischer Opportunität. Kein Wunder, fühlt sich Athen seit Jahren kaum noch an Vereinbarungen gebunden; die Prinzipienlosigkeit Brüssels lädt dazu ein.